17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Stefan Gelbhaar (GRÜNE)**

vom 04. Dezember 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Dezember 2014) und **Antwort**

Zugang zum Bahnhof Greifswalder Straße über die S-Bahn-Brücke barrierefrei erweitern!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet der Senat die gegenwärtige Erschließung des S-Bahnhofs Greifswalder Straße hinsichtlich der barrierefreien Erreichbarkeit aus Richtung des Thälmannparks/der Grellstraße (westlich der Greifswalder Str.)?

Frage 2: Ist dem Senat bekannt, dass die Querungsstelle (FGÜ mit LSA, Höhe Grellstraße/Storkower Straße) aufgrund der Höhe der Borde und der Schienen der Straßenbahnlinie M4 nicht barrierefrei ist? Wenn ja, was plant der Senat, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität einen barrierefreien Zugang über die Straßenquerung zum S-Bahnhof zu ermöglichen?

Antwort zu 1. und 2.: In der Relation Wohngebiet Thälmannpark – S-Bahnhof Greifswalder Straße gibt es eine Z-Überquerungsstelle über die Greifswalder Straße auf der nördlichen Seite der Einmündung Lilli-Henoch-Straße. Die Borde sind dort auf 3 cm abgesenkt, und für blinde und sehbehinderte Menschen wurden taktile Richtungsfelder eingebaut.

Am Knotenpunkt Grellstraße / Storkower Straße gibt es lichtsignalisierte Furten. Die Borde sind ebenfalls auf 3 cm abgesenkt und mit taktilen Richtungsfeldern versehen. Außerdem verfügt die (reguläre) Lichtsignalanlage (LSA) (zurzeit läuft dort eine Baustellen-LSA) über akustische Signalgeber.

Eine Bordkantenhöhe von 3 cm gilt als barrierefrei und ist für die Sicherheit blinder Menschen erforderlich. Die Bordsteinkante zur Fahrbahn wird auch als äußere Leitlinie bezeichnet. Die zusätzlichen taktilen Richtungsfelder dienen der Orientierung blinder Menschen, indem sie die Laufrichtung des Überquerens der Fahrbahn bzw. Gleise vorgeben.

Der S-Bahnhof Greifswalder Straße (Berliner Innenring, S-Bahn-Linien S 41, S 42, S 8, S 85, S 9) selbst ist stufenlos erreichbar, da er zwischen Bahnhofshalle und S-Bahnsteig (im nordwestlichen Abschnitt) über einen Aufzug verfügt.

Damit ist zu konstatieren, dass – im Gegensatz zur Behauptung in Frage 2 – der S-Bahnhof Greifswalder Straße aus allen Richtungen, nicht nur vom Thälmannpark und der Grellstraße aus, barrierefrei erreichbar ist.

Frage 3: Wird bei der Variantenuntersuchung zum ÖPNV-Knotenpunkt S-Bahnhof Greifswalder Straße, welche die BVG im Auftrag des Senats derzeit vornehmen soll, die Möglichkeit geprüft, einen zweiten barrierefreien Aufgang, der einen Zugang über die S-Bahn-Brücke aus Richtung des Thälmann-Parks/Grellstraße zum S-Bahnhof ermöglicht, einzurichten? Wenn nein, warum nicht?

Frage 4: Welche Pläne zur Errichtung eines Zu-/Aufgangs zur Erreichbarkeit des S-Bahnhofs über die S-Bahn-Brücke hat der Senat?

Antwort zu 3. und 4.: Zur Variantenuntersuchung der Gesamtsituation an dem ÖPNV-Knotenpunkt S-Bahnhof Greifswalder Straße liegen die Ergebnisse der BVG noch nicht vor.

Grundsätzlich wurde mit den Behindertenverbänden abgestimmt, dass S-, U- und Regionalbahnhöfe nur mit einem barrierefreien Zugang ausgestattet werden, bis alle Bahnhöfe mit Aufzügen oder Rampen barrierefrei erreichbar sind. Dem liegt das Ziel zu Grunde, möglichst viele Bahnhöfe möglichst schnell barrierefrei zu gestalten, bevor einzelne Bahnhöfe zwei oder mehr barrierefreie Zugänge erhalten.

Daher ist bei der BVG-Untersuchung nicht vorgegeben, dass ein weiterer barrierefreier Zugang geplant werden muss.

Frage 5: Wer ist Eigentümer der Brücke bzw. Baulastträger der Straße, welche über die Greifswalder Straße führt?

Antwort zu 5.: Nach Kenntnis des Senats befindet sich die Brücke in privatem Eigentum.

Frage 6: Wie und in wie weit ist es möglich, InvestorInnen, die auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße bauen wollen, im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags an der Finanzierung bzw. am Bau eines weiteren Aufgangs/Zugangs auf Seiten des Thälmannparks zu beteiligen?

Frage 7: Welche Voraussetzungen müssen hierfür vorliegen? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen einem solchen Vorhaben zu Grunde gelegt werden?

Antwort zu 6. und 7.: Das Bezirksamt Pankow sieht für 2015 die Aufstellung eines Bebauungsplans für die Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Greifswalder Straße vor. Der Abschluss eines städtebaulichen Vertrags ist ebenfalls vorgesehen.

In einem städtebaulichen Vertrag können im Zusammenhang mit einem Bebauungsplan unter anderem Leistungen zur Erschließung des Baugebiets, zur Kostenübernahme von Planungsleistungen, zur Schaffung von Kindertagesstätten- und Grundschulplätzen sowie ein Anteil geförderter Wohnraum vereinbart werden.

Für städtebauliche Verträge gelten die in § 11 Baugesetzbuch definierten Schranken. Es kann nur eine Kostenübernahme oder -beteiligung durch den Vorhabenträger vereinbart werden für Leistungen, die Folge oder Voraussetzung des konkreten Bauvorhabens sind. Die vereinbarte Kostenübernahme muss den gesamten Umständen nach angemessen sein. Es kann nichts vereinbart werden, worauf der Vorhabenträger ohnehin einen Anspruch hätte.

Ziel der Planung soll auch eine Rad- und Fußwegverbindung parallel zur S-Bahn als Verbindung der Gebiete Thälmannpark und Anton-Saefkow-Park sein. Hierfür ist eine Inanspruchnahme der bestehenden Straßenbrücke über die Greifswalder Straße geplant.

Die Diskussion der Erreichbarkeit des S-Bahnhofs über die bestehende Straßenbrücke und die genaue Ausgestaltung des städtebaulichen Vertrags bleiben dem weiteren Verfahren vorbehalten. Für den städtebaulichen Vertrag liegt die Zuständigkeit beim Bezirksamt Pankow.

Berlin, den 15. Dezember 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Dez. 2014)